

Antrag

der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Jan van Aken, Matthias W. Birkwald, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Abschaffung der Wehrpflicht

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Wehrpflicht stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte junger Menschen dar und ist sicherheitspolitisch nicht zu begründen. Die Umsetzung der Wehrpflicht ist von Willkür und Ungerechtigkeit gekennzeichnet. Nur etwa 15 Prozent eines Jahrgangs leisten Wehrdienst, mehr als 50 Prozent der Wehrpflichtigen leisten weder Wehrdienst noch Zivildienst. Daran wird auch die von der Bundesregierung angekündigte Gesetzesinitiative, die eine Verkürzung der Dienstzeit auf sechs Monate vorsieht, nichts ändern. Die Widersprüche zwischen den grundgesetzlichen Vorgaben der Gleichbehandlung der Wehrpflichtigen und der verfassungsrechtlichen Anbindung der Wehrpflicht an die Landesverteidigung bleiben durch die Wehrpflichtpraxis bestehen. Es ist nicht hinnehmbar, dass auf dem Rücken der Wehrpflichtigen einerseits grundsätzliche Abrüstungsschritte und andererseits Reformen des sozialen Sektors unterbleiben. Das Festhalten an der Wehrpflicht blockiert die deutliche Verkleinerung des Personalumfangs der Streitkräfte und bindet erhebliche finanzielle und volkswirtschaftliche Ressourcen. Die Ausgaben für den Wehr- und Zivildienst binden jährlich mehr als 1 Mrd. Euro im Haushalt. Finanzielle Mittel, die an anderer Stelle, zum Beispiel bei der Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, fehlen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Wehrpflicht mit sofortiger Wirkung aufzuheben;
2. die mit der Abschaffung der Wehrpflicht verbundenen Personalreduzierungen (Wehrpflichtige und dazugehöriges Ausbildungs- und Verwaltungspersonal) für weitere Abrüstungsschritte der Bundeswehr zu nutzen;
3. die mit der Abschaffung der Wehrpflicht frei werdenden Mittel für die Konversion des Zivildienstes und die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im Bereich der Pflege und gesundheitlichen Versorgung bereitzustellen.

Berlin, den 18. Mai 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Die Wehrpflicht ist ein Zwangsdienst und begründet ein militärisches Rekrutierungssystem, in dem die ihr Unterworfenen unter Androhung von Freiheitsstrafen zum Dienen gezwungen werden. Zwangsdienst bedeutet immer, dass Grund- und Bürgerrechte der Staatsbürgerinnen und -bürger erheblich eingeschränkt und zum Teil aufgehoben werden. Die Wehrpflicht betrifft zu jedem Zeitpunkt die Grund- und Bürgerrechte von mehr als 2,5 Millionen jungen Männern zwischen dem 17. und 23. Lebensjahr, die der Wehrpflicht unterliegen. Eingeschränkt werden unter anderem das Recht auf körperliche Unversehrtheit, Bewegungsfreiheit, der Schutz der Menschenwürde und die freie Berufswahl. Die Wehrpflicht bedeutet immer einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Lebensplanung der Wehrpflichtigen. Außerdem bergen staatliche Zwangsdienste immer die Gefahr des Missbrauchs.

Eine sicherheitspolitische Legitimation der Wehrpflicht ist nicht gegeben. Sie ist ein Relikt des Kalten Krieges und auch in der NATO ist die Wehrpflicht längst ein Auslaufmodell geworden. Von den 28 NATO-Staaten halten neben Deutschland nur noch Estland, Griechenland, Norwegen und die Türkei an der Wehrpflicht fest. Sowohl die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 als auch das Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands von 2006 stellen fest, dass auf absehbare Zeit keine Bedrohung der deutschen Landesgrenzen durch andere Streitkräfte besteht. Aufgaben der Landesverteidigung spielen in den militärischen Planungen der Bundeswehr keine Rolle mehr. Strukturbestimmend ist nicht der verfassungsgemäße Auftrag der Bundeswehr, sondern nahezu ausschließlich das Fähigkeitsprofil weltweit einsetzbarer Interventionsstreitkräfte. Dass hierfür auch aus Sicht der Bundeswehr Wehrpflichtige nicht mehr benötigt werden, zeigt sich in der kontinuierlichen Absenkung der Dienstposten für Grundwehrdienstleistende. Noch in den 80er Jahren war fast jeder zweite Bundeswehrsoldat Grundwehrdienstleistender, gegenwärtig ist es noch jeder achte. Ab 2011 soll der Anteil auf 10 Prozent reduziert werden. Auch bei der militärischen Ausbildung der Grundwehrdienstleistenden geht es nicht um die Vorbereitung auf Aufgaben der Landesverteidigung. Bereits im Jahr 2000 hatte die so genannte Weizsäcker-Kommission festgestellt: „Gerade weil die militärische Relevanz der Wehrpflicht die wesentliche Bedingung für ihre Beibehaltung ist, muss die Grundwehrdienstdauer so bemessen sein, dass sie eine ausreichende Grundlage für die militärische Nutzbarkeit der Wehrpflichtigen bietet. Dies kann nach Überzeugung der Kommission nur erreicht werden, wenn die Grundwehrdienstdauer nicht unter zehn Monaten liegt.“ Die geplante Verkürzung der Dienstzeit von neun auf sechs Monate unterstreicht, dass das beharrliche Festhalten an der Wehrpflicht vor allem aus staatspolitischen und ideologischen Gründen erfolgt. Das Dienen wird zum Selbstzweck. Zudem verschafft es der Bundeswehr weiterhin einen exklusiven Zugang zum männlichen Teil der jungen Bevölkerung und bietet eine praktische – wenn auch teure – Möglichkeit der Nachwuchsgewinnung. Im Sozialbereich werden Zivildienstleistende überwiegend als billige Arbeitskräfte, die weit unter den tarifüblichen Standards bezahlt werden, eingesetzt. Faktisch führt ihr Einsatz dazu, dass die Schaffung von besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen für die im Sozialbereich Beschäftigten erschwert wird.

Das Festhalten an der Wehrpflicht zementiert die über Jahrzehnte durch die Wehrpflichtpraxis entstandenen Ungerechtigkeiten. Gegenwärtig leisten nur noch etwa 15 Prozent der Wehrpflichtigen eines Jahrgangs tatsächlich Wehrdienst, mehr als 50 Prozent leisten gar keinen Dienst. Von einer allgemeinen Wehrpflicht kann schon lange nicht mehr die Rede sein. Daran wird auch die geplante Verkürzung der Dienstzeit nichts ändern. Mit dieser Willkür korrespondiert die Ungleichbehandlung zwischen den Zivildienst- und Wehrdienstpflichtigen. Da im Zivildienst etwa dreimal so viele Dienstposten zur Verfügung stehen, werden Kriegsdienstverweigerer mit einer deutlich höheren

Wahrscheinlichkeit zum Zivildienst einberufen als die Nichtverweigerer zum Grundwehrdienst. Im Widerspruch zu den gesetzlichen Vorgaben ist der Zivildienst in der Praxis zum Regeldienst geworden und hat in den sozialen und pflegerischen Bereichen entgegen dem Gebot der Arbeitsmarktneutralität die Schaffung regulärer Arbeitsplätze verhindert. Auch die jetzige Bundesregierung hält daran fest, den massiven Einsatz von Zivildienstleistenden als billige Arbeitskräfte im sozialen Bereich zu fördern.

Angesichts der offensichtlichen Widersprüche und Unzulänglichkeiten des Wehrpflichtsystems wird versucht, neue Legitimationsgrundlagen für die Beibehaltung der Wehrpflicht zu konstruieren, wie z. B. hinsichtlich der Ausrichtung der Grundausbildung auf einen Einsatz im Inneren im Rahmen der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit oder zur Nachwuchsgewinnung. Diesen Versuchen der Ausweitung und Umdeutung muss eine Absage erteilt werden. Der Einsatz von Streitkräften im Inneren gehört nicht zu den eigentlichen Aufgaben der Bundeswehr; einen Zwangsdienst allein aus Gründen der Nachwuchswerbung einzurichten ist nicht von der Verfassung gedeckt. Darüber hinaus stellt sich in Bezug auf die Nachwuchswerbung die Frage nach der Verhältnismäßigkeit. Nur etwa 11 Prozent der tatsächlich Wehrdienstleistenden verpflichten sich im Anschluss als Soldat auf Zeit oder Berufssoldat. Deswegen jährlich mehrere hunderttausend junge Männer der Wehrpflicht zu unterwerfen, ist unverhältnismäßig und angesichts von mehr als 1 Mrd. Euro, die die Wehrpflicht (inklusive des Zivildienstes) pro Jahr kostet, auch haushälterisch unverantwortlich. Wenn im Zusammenhang mit der Diskussion über die Wehrpflicht die Klage über mangelndes zivilgesellschaftliches Engagement angeführt wird, greift dies ins Leere. Es existieren bereits vielfältige Möglichkeiten, z. B. im Rahmen des freiwilligen sozialen Jahres/freiwilligen ökologischen Jahres und des Zivilen Friedensdienstes, die auch regen Zuspruch haben und mit staatlicher Unterstützung ausgebaut werden sollten.

Es ist nicht die Wehrpflicht bzw. die Wehrform, die eine gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Verfasstheit der Bundeswehr sowie das Prinzip des Staatsbürgers in Uniform garantiert. Es liegt auf der Hand, dass bei einem Anteil von Grundwehrdienstleistenden von nur 10 Prozent (ab 2011), einer Dienstdauer von neun bzw. sechs Monaten und der prinzipiell eingeschränkten soldatischen Beteiligungsrechte die Wehrpflichtigen hier keine tragende Rolle spielen können. Für eine funktionierende gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Verfasstheit der Streitkräfte kommt es vielmehr darauf an, eine effektive parlamentarische Kontrolle zu gewährleisten, die Beteiligungsrechte der Soldaten zu stärken, die politische Bildung in der Bundeswehr zu verbessern und bei der Auswahl der Vorgesetzten sorgfältiger vorzugehen.

Genauso wenig verhindert die Wehrpflicht bzw. die Wehrpflichtarmee, von der angesichts des geringen Anteils Wehrpflichtiger bei der Bundeswehr ohnehin keine Rede sein kann, eine militärische Interventions- und Kriegspolitik. Die Weltkriege, der Vietnamkrieg, unzählige Bürgerkriege, die Kriege gegen Jugoslawien und aktuell der Bundeswehreinsatz in Afghanistan haben gezeigt, dass Wehrpflicht nicht vor Krieg schützt, sondern im Gegenteil durch den ungebrochenen Zufluss von Wehrpflichtigen die Fortführung von bewaffneten Konflikten ermöglicht. Nur durch eine friedliche Außenpolitik und die Ausrichtung der Bundeswehr auf Nichtangriffsfähigkeit kann einer solchen Gefahr wirkungsvoll begegnet werden.

